

Rohstoffexporte aus dem Kongo ja - aber um Gottes willen nur im Dienste des Friedens!

Eine Stellungnahme der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ (4.5.2007)

Der direkte Zusammenhang von mafiösen Rohstoffexporten und Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo ist unbestritten. Seit den späten 1990er Jahren sind mehrere gut recherchierte Berichte erschienen, u.a. von einer Arbeitsgruppe des UN-Sicherheitsrats, die die Mechanismen der Kriegsökonomie und die beteiligten Firmen und Personen zum Teil detailliert aufführen. Auch im Kongo selbst ist mit dem Lutundula-Bericht ein ausführliches Dossier im Auftrag des Parlaments erstellt worden, in dem die Verwicklung nationaler und internationaler Akteure offen gelegt wird.

Wenn die DR Kongo den Übergang vom Krieg zum Frieden schaffen will, muss der gesamte Rohstoffsektor neu geordnet werden - eine Forderung, die immer wieder auch von kongolesischen Nichtregierungsorganisationen auf den Tisch gebracht wird. Auch pax christi und das Ökumenische Netz Zentralafrika haben seit Jahren mehrfach mit Briefen und Erklärungen auf den internationalen Handlungsbedarf für die Umwandlung der Kriegs- in eine Friedensökonomie hingewiesen. Passiert ist bisher kaum etwas.

In ihrem Kabinettsbeschluss zur deutschen G8-Präsidentschaft hat die Bundesregierung eine „Initiative zur Zertifizierung von Rohstoffen aus Konfliktregionen“ angekündigt, „um einen Beitrag zu friedlicher Entwicklung auch in rohstoffreichen Krisenregionen zu leisten“. Das bedeutet, vom Abbau zum Verkauf auf dem Weltmarkt und bis zum Endverbraucher in den Industrieländern werden überprüfbare Bedingungen geschaffen, damit Gewinne an wertschöpfende Unternehmen, Angestellte und an den steuernden Staat gehen und nicht in dubiosen Kanälen von warlords verschwinden.

Die UN-Berichte sprechen im Zusammenhang mit der DR Kongo vom „illegalen Abbau von Rohstoffen“. Sowohl warlords als auch Personen in Parlament und Regierung sind darin verwickelt. Dubiose Konzessionsvergaben für den Abbau von Rohstoffen durch internationale Akteure, die ganz offensichtlich zum Schaden von Staat und Volk sind, müssen daher völlig neu ausgehandelt werden. Deutsche Investoren spielen im Kongo eine wichtige Rolle. Seriöse Investoren machen deutlich, dass ihnen im Interesse der Investitionssicherheit durchaus an transparenten Marktbedingungen ohne Schmiergeldzahlungen gelegen ist.

Der Frieden im Kongo ist von neuem gefährdet. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung während der G8- und auch der EU-Präsidentschaft nutzen, um den Handlungsbedarf im Rohstoffsektor mit politischem Handeln aufzufüllen. Die rasche Einsetzung von Mechanismen zur Zertifizierung von Rohstoffen ist dafür ein gangbarer Weg, der schon längst hätte beschritten werden müssen. Der Kimberley-Prozess zur Vermeidung des Handels mit „Blutdiamanten“ kann unterm Strich als Vorbild für die Zertifizierung auch von Rohstoffen wie etwa Coltan gelten.

Anstelle von ad-hoc Embargos, wie von den Vereinten Nationen bei akuten menschenrechtlichen Krisen wie in Kambodscha oder in Liberia (erst vor wenigen Tagen aufgehoben) ausgesprochen, müssen längerfristig angelegte Politikansätze wirksam werden. Die späte Beauftragung einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie zur Rohstoffzertifizierung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist erfreulich, kann aber die notwendigen politischen Entscheidungen für die Einrichtung von Rohstoffzertifizierungsagenturen nicht ersetzen. Die Weichen müssen so rasch wie möglich gestellt werden, nicht nur für eine Friedensökonomie in der DR Kongo, sondern auch im Hinblick auf andere Krisenherde, die mit dem Rohstoffexport befeuert werden.

Kontakt: Dr. Heinz-Werner Weßler, Tel. 0228 – 455 125 – Email: HWW-GR@t-online.de